

### Geldautomatensprenger: NRW-Sonderkommission macht weiter

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Unions-Innenexperte Michael Breilmann hat NRW-Innenminister Herbert Reul dafür gedankt, dass er den Einsatz der in Düsseldorf angesiedelten Sonderkommission (Soko) BEGAS zur "Bekämpfung und Ermittlung von Geldausgabeautomaten-Sprengungen" verlängert hat. „Auch Castrop-Rauxel und die Region sind von solchen Straftaten betroffen. Der Kampf gegen die skrupellosen Täter muss wirkungsvoll fortgesetzt werden. Dabei leistet die Soko einen wertvollen Beitrag, denn sie verbessert und analysiert die Arbeit der Kriminalisten“, so das Innenausschussmitglied in Berlin. Allein NRW verfügt über ca. 11.000 verbaute Geldautomaten und damit bundesweit über die höchste Anzahl. Seit Jahresbeginn gab es 30 Attacken allein in NRW. Auch der Bund müsse seine Rolle aufgrund der grenzüberschreitenden Tatbegehungen ernster nehmen, so der CDU-Politiker. „Jede gesicherte Spur erhöht die Chance auf Identifizierung und Ergreifung von Tätern. Die CDU ist der Garant für Innere Sicherheit, während Bundesinnenministerin Faeser lieber SPD-Landtagswahlkampf in Hessen macht“, so MdB Breilmann.

### Ein Jahr Krieg in der Ukraine: Zeitenwende lässt auf sich warten

Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und seiner „Zeitenwende“-Regierungserklärung hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Donnerstag in einer Debatte erneut die Haltung der Bundesregierung erläutert. In seiner Antwort stellte Unions-Fraktionschef Friedrich Merz fest, dass Scholz nur spärliche Konsequenzen aus der Zeitenwende gezogen habe. Merz warf der Regierung vor, zu zögern und zu zaudern. Weder komme die Nationale Sicherheitsstrategie voran, noch werde zügig in die Ausrüstung der Bundeswehr investiert. Auch auf die wirtschaftlichen Folgen des Krieges habe die Koalition keine fundierte Antwort. Merz wies darauf hin, dass aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr im Umfang von 100 Milliarden Euro, das die Union mitgetragen hat, bislang kaum Geld abgeflossen ist. Das Ziel, die Ausgaben für Verteidigung auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, wurde verfehlt. Zum Jahrestag des Kriegs betonte Merz, dass Deutschland unverbrüchlich an der Seite der Ukraine stehe, die einen hohen Preis für die Verteidigung der Freiheit zahle. Er gedachte der ukrainischen Kinder, die aus ihren Familien gerissen und nach Russland deportiert werden, um dort zu Russen umerzogen zu werden. Menschenverachtend nannte der Fraktionschef Demonstranten in Deutschland, die vorgeblich für einen Frieden in der Ukraine eintreten, in Wirklichkeit aber Täter und Opfer vertauschten: „Es gibt nur einen, der für diesen Krieg verantwortlich ist, und der heißt Putin.“ Kein Verständnis für diejenigen, die westliche Waffenlieferungen an die Ukraine zum eigentlichen Problem erklärten, hat auch CDU-MdB Michael Breilmann. Diese verweigerten sich „auf zynische Art der brutalen Realität“, dass Putin einen Völkermord plane. Er unterstützt den von der Union eingebrachten [Antrag](#), der die Einsetzung eines internationalen Sondertribunals fordert, um russische Kriegsverbrechen aufzuklären.

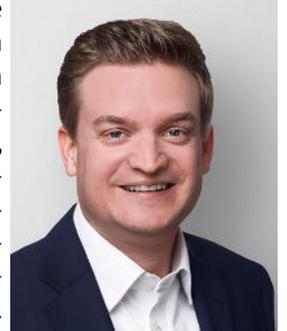


"Freiheit muss immer besser bewaffnet sein als die Tyrannei": CDU-Chef Friedrich Merz zitiert die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas in der Debatte. (Foto: CDU/CSU)

Er unterstützt den von der Union eingebrachten [Antrag](#), der die Einsetzung eines internationalen Sondertribunals fordert, um russische Kriegsverbrechen aufzuklären.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

leider keine Woche in Berlin ohne neuen grünen Verbotsvorschlag, und dem danach traditionell einsetzenden ampel-internen Streit. Diesmal war



Robert Habeck dran: der grüne Wirtschaftsminister plant laut Presseberichten ein Verbot von Gas- und Ölheizung. Konkret wird berichtet, dass ab 2024 ausschließlich Heizungen neu eingebaut werden dürfen, die aus „mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien“ Wärme gewinnen. Damit ist es nicht mehr möglich, reine Gas- oder Ölheizungen neu zu verbauen. Bereits eingebaute Heizungen sollen 30 Jahre weiter betrieben werden dürfen. Danach sei ein Austausch nötig. Handwerker und Eigentümer befürchten, dass sich die fossilen Heizungen so schnell nicht ersetzen lassen. Nicht zu schaffen, unrealistisch, zu überstürzt - so die Reaktionen. Der Traum vom Eigenheim wird unbezahlbar. Ich frage mich: Woher sollen eigentlich die ganzen Wärmepumpen kommen, es gibt ja jetzt schon kaum noch welche. Und genauso wichtig, wer soll die alle einbauen. Habeck zeigt, wie Klimawende gerade nicht gelingt: nämlich mit Verboten und Gängelungen. Statt dessen sollte man privaten Haushalten lieber Anreize geben, ihre Heizungen auf klimafreundliche Verbrennungssysteme umzustellen. Die Grünen fallen zurück in ihre alten Verbotsmuster, den Menschen ständig bevormundend erklären zu wollen, was sie zu tun und zu lassen haben.

Ihr

*Michael Breilmann*

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



### Union gegen Ampel-Pläne beim Raumordnungsgesetz

Der Bundestag hat am Freitag für eine Änderung des Raumordnungsgesetzes (ROG) und anderer Vorschriften sowie die Umsetzung der EU-Notfallverordnung gestimmt. Die Art und Weise, wie das Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht wurde, stieß bei der Opposition auf heftige Kritik. Bis Mittwoch, 1. März 2023, sei der Entwurf den Fraktionen der Opposition nicht bekannt gewesen. Die Fraktionen von CDU/CSU und Die Linke kritisierten, dass eine Anhörung und eine Sitzung des zuständigen Bauausschusses für Mittwochnachmittag mit einem Vorlauf von vier Stunden einberufen worden sei. Es sei weder Zeit gewesen, Experten einzuladen, noch Gelegenheit zur Vorbereitung. Beide Fraktionen reichten Beschwerden bei Bundestagspräsidentin Bärbel Bas ein.

CDU-MdB Michael Breilmann begrüßte als Berichterstatter seiner Fraktion zwar den Ausbau von Erneuerbaren Energien, nannte das Gesetzgebungsverfahren jedoch „einen hausgemachten Skandal“. Der Bundestag sei die „Herzkammer der Demokratie“, in der rechtsstaatliche Regeln gälten. Die Änderungen am ROG würden dazu führen, dass die Anzahl der Ver-



Warf den Ampel-Fraktionen in seiner [Rede](#) neben handwerklichen Fehlern auch schwere Versäumnisse und skandalöse Missachtung der Oppositionsrechte im Gesetzgebungsprozess vor: CDU-MdB Michael Breilmann in der Debatte zur Raumordnungsnovelle und EU-Notfallverordnung. (Bild: Privat)

fahren „stark zunehmen“, die Planungsträger würden geschwächt. Die Novelle sei „kommunal- und regionalunfreundlich“, so Breilmann. Die Anpassungspflicht von Raumordnungsplänen an Bundesraumordnungspläne sei ein systemwidriger Bruch mit der föderalen Struktur des Raumordnungsgesetzes. „Wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen. Für das, was Sie im Verfahren getan haben, sollten Sie sich schämen“, so MdB Breilmann abschließend an die Abgeordneten der Ampel-Fraktionen im Plenum gerichtet.

### Disziplinarrecht: Erhebliche Zweifel an Faeser-Gesetz



Innenministerin Faeser hat ein Gesetz zur schnelleren Entlassung von Extremisten aus dem Beamtenverhältnis auf den Weg gebracht. Ziel ist, langwierige Disziplinarverfahren zu vermeiden. „Mit dem vorliegenden Entwurf wird das nicht gelingen“, mahnt CDU-MdB Michael Breilmann am Rande eines Meinungsaustausches der Unions-Innenpolitiker am Mittwoch mit Beamtenorganisationen und Gewerkschaften: „Es wird nur der Anschein erweckt, dass so Beamte schneller entfernt werden könnten, weil die Dienstbehörde nach der Gesetzesänderung selber die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis als Disziplinarmaßnahme verhängen darf. Faktisch ist zu erwarten, dass die Verfahren sogar verlängert werden“. (Bild: M. Wittich)

### Deutschlandtakt erst 2070: Desaster für die Schiene

Zur Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Michael Theurer (FDP), den Deutschlandtakt auf 2070 zu verschieben, erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann: „Diese Aussagen machen mich fassungslos. Für den Deutschlandtakt soll der Bahnverkehr auf einen bundesweiten Taktfahrplan umgestellt werden, der für Fahrgäste auch im Ruhrgebiet die Abfahrtszeiten zuverlässiger und planbarer macht und außerdem den Umstieg erleichtert. Die Ampel verschiebt den Deutschlandtakt nun von 2030 auf 2070. 40 Jahre Verspätung ist das Eingestehen des Scheiterns der Ampel: Von Fortschrittskoalition kann keine Rede sein - das Verkehrsministerium macht sich zum Vorreiter der Rückschrittskoalition. So werden die Ziele der Regierung, mehr Verkehr auf die umweltfreundliche Schiene zu verlagern, krachend scheitern“.

#### Impressum:

Ausgabe Nr. 25 der 20. Wahlperiode

03. März 2023

Herausgeber:  
Bundestagsbüro M. Breilmann  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-72555

Email:  
michael.breilmann@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
M. Breilmann MdB/H. Häßler